

Scheunenabbruch Sachverhalt

© Klaus Grupp (Universität des Saarlandes) und Ulrich Stelkens (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer)

Bearbeitung für Hauptstadtfälle: Dominik Steiger
Stand der Bearbeitung: November 2013

Der 79-jährige *Rudolf Rüstig* ist als Eigentümer des Grundstücks Am Kanal 14 im Pankower Ortsteil Karow im Grundbuch eingetragen. Auf dem Anwesen befinden sich ein Wohnhaus, in dem er mit seiner 78-jährigen Ehefrau *Rita Rüstig* lebt, und eine hieran angebaute nicht mehr genutzte Scheune.

Nachdem infolge heftiger Regenfälle im Sommer des vergangenen Jahres das Fundament der Scheune unterspült worden war, brach deren Rückwand vollständig heraus, so dass das Scheunendach teilweise nicht mehr hinreichend abgestützt war und einzustürzen drohte. Auf diesen Umstand wurde das Bezirksamt Pankow durch Hinweise aus der Nachbarschaft am 2. August aufmerksam. *Rudolf Rüstig* war wenige Tage zuvor in einen Zustand dauernder Bewusstlosigkeit verfallen, dessen Ende nicht abzusehen war. Noch am 2. August begab sich daher die Bezirksstadträtin für Bauwesen im Bezirk Pankow, *Karin Koslowsky*, zu dem Anwesen und besichtigte dessen Zustand, den sie für gefährlich erachtete. Auf die Bewusstlosigkeit von *Rudolf Rüstig* aufmerksam gemacht, übergab *Koslowsky* als Bauaufsichtsbehörde am nächsten Tag *Rita Rüstig* einen an ihren Ehemann adressierten Bescheid.

In diesem Bescheid wurde *Rudolf Rüstig* aufgefordert, bis zum 30. August die Scheune von einem fachlich geeigneten Unternehmer so weit abtragen zu lassen, dass auf Dauer keine Einsturzgefahr bestehe. Gleichzeitig wurde ihm für den Fall, dass er dieser Anordnung nicht nachkommen sollte, ein Zwangsgeld in Höhe von 250,- Euro angedroht und auch festgesetzt. Der Bescheid war für sofort vollziehbar erklärt, mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen und ausführlich begründet worden; seine förmliche Zustellung war angeordnet worden. *Rita Rüstig* unterschrieb dementsprechend ein auf den 3. August datiertes Empfangsbekanntnis. *Koslowsky* vermerkte das Datum der Zustellung auf dem Bescheid und erklärte *Rita Rüstig*, dass sie hiermit das Schreiben als an ihren Ehemann zugestellt ansehe.

Frau *Rüstig* war durch die Pflege ihres Mannes voll in Anspruch genommen und unternahm daher nichts. Am 5. September verstarb *Rudolf Rüstig*, ohne noch einmal das Bewusstsein erlangt zu haben. Er wurde von seiner Frau als testamentarische Alleinerbin beerbt, die die Erbschaft auch annahm. Am 19. September nahm *Koslowsky* zusammen mit dem Architekten *Bertram Bauklotz* eine erneute Ortsbesichtigung vor. Der Architekt war der Ansicht, dass die Scheune nunmehr jederzeit einstürzen könne und hierbei Gefahr für Leib und Leben Dritter bestünde, da nicht auszuschließen sei, dass Teile der Scheune auf die Straße und den benachbarten Kinderspielplatz fallen könnten. *Koslowsky* bemerkte, dass sich der Riss am Giebel der Scheune erheblich verbreitert hatte.

Daraufhin beauftragte die Bezirksstadträtin für Bauwesen trotz der Proteste der *Rüstig* sofort ein Abbruchunternehmen mit dem Abbruch der Scheune, der am 23. September durchgeführt wurde. Am 16. Oktober erhielt *Rita Rüstig* nach ordnungsgemäßer Anhörung einen ausführlich begründeten und mit einer Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid der Bauaufsichtsbehörde, wonach sie 12.047,40 Euro zu zahlen habe. Hiervon entfielen 250,- Euro auf das von *Rudolf Rüstig* verwirkte Zwangsgeld, dessen Festsetzung bestandskräftig geworden sei und wofür sie als Rechtsnachfolgerin in Anspruch genommen werden könne. Die restlichen 11797,40 Euro habe die Verwaltung aufgrund ihres Beseitigungsauftrages an das Abbruchunternehmen zahlen müssen. Sie habe als Eigentümerin des Anwesens für die Kosten der notwendig gewordenen Ersatzvornahme einzustehen. Die Kosten des Abbruchs wurden zutreffend angegeben und im Einzelnen aufgeschlüsselt.

Gegen diesen Bescheid legte *Rita Rüstig* form- und fristgerecht Widerspruch ein, der mit am 20. November zugewandtem Widerspruchsbescheid als unbegründet zurückgewiesen wurde.

Am 13. Dezember erhob *Rita Rüstig* daraufhin "gegen das Schreiben vom 16. Oktober" vor dem Verwaltungsgericht Berlin Klage. Was ihr Mann an Zwangsgeld verwirkt habe, gehe sie nichts an. Im Übrigen habe sie das Abbruchunternehmen nicht bestellt und müsse daher auch nicht dafür zahlen - da könne ja jeder kommen.

Hat die Klage *Rita Rüstigs* vor dem Verwaltungsgericht Berlin Aussicht auf Erfolg?